

Putin, steh uns bei

Kooperation statt Konfrontation: Bundesregierung für Verhandlungen mit Assad und Aufhebung der Russland-Sanktionen

Rüdiger Göbel

Die nicht enden wollende Ankunft von Flüchtlingen in der EU und vor allem in Deutschland bringt die Bundesregierung zur außenpolitischen Kurskorrektur. Kooperation statt Konfrontation steht mit einem Mal auf der Berliner Agenda. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht ein, dass eine Lösung des Syrien-Konflikts und ein Zurückdrängen der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) nur mit Präsident Baschar Al-Assad zu erzielen ist – und nicht gegen diesen. Nach dem EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise in Brüssel bekundete die deutsche Regierungschefin am Donnerstag: »Es muss mit vielen Akteuren gesprochen werden, auch mit Assad.« Ihr Vize, Wirtschaftsminister Gabriel, spricht sich zudem für eine 180-Grad-Wende im Verhältnis zu Russland und die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen aus. »Wir brauchen eine Verständigung mit Russland«, so der SPD-Chef am Freitag. Es könnten nicht einerseits Strafmaßnahmen dauerhaft aufrechterhalten werden, während man andererseits um Zusammenarbeit bitte. Gabriel mahnte: »Der Konflikt um die Ukraine kann nicht das Verhältnis Deutschlands, Europas und der Vereinigten Staaten zu Russland so stark belasten, dass Russland als Partner in Syrien ausfällt.«

Auch die CSU schickt Liebesgrüße nach Moskau. »Wenn die Sanktionen einem gemeinsamen Engagement in Syrien im Wege stehen, müssen wir dem Ziel einer Konfliktlösung in Syrien den Vorrang geben«, wird die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner im *Münchner Merkur* vom Freitag zitiert. Die Flüchtlingskrise schaffe eine neue Situation, in der es wichtig werde, »die Kontakte zu Russland zu intensivieren«, so die CSU-Politikerin weiter. »Es ist Zeit, das offen auszusprechen und offensiv anzugehen.« Ohne Russland werde man die Situation in Syrien nicht in den Griff bekommen. »Für den Kampf gegen den Islamischen Staat ist die Zusammenarbeit mit Russland unverzichtbar«, so Aigner.

Damit wären die Hunderttausende Menschen, die in den vergangenen Wochen unter Einsatz ihres Lebens und Aufbringung ihrer Ersparnisse in die EU gekommen sind, der Sargnagel für die bisherige Regime-Change-Politik des Westens in Syrien. Denn es war Kanzlerin Merkel, die im Februar 2012 die Maxime ausgegeben hatte: »Präsident Assad hat an der Spitze seines Landes nichts mehr verloren.« Die Bundesregierung machte sich in der Folge für die Verschärfung der Sanktionen gegen Damaskus stark und unterstützte die syrische Exilopposition, die im Land über keinerlei Rückhalt verfügt, in ihrer Obstruktionsposition nach dem Motto »Keine Verhandlungen mit Assad«.

Russlands Präsident Wladimir Putin, der sich am Montag am Rande der UN-Generaldebatte in New York mit seinem US-Amtskollegen Barack Obama treffen will, kritisierte derweil in einem Interview mit dem Fernsehsender CBS die amerikanischen Regime-Change-Interventionen der vergangenen Jahre. Nach den vorab veröffentlichten Passagen des Gesprächs – das am Sonntag komplett ausgestrahlt werden soll – antwortete Putin auf die Bemerkung des Moderators, die verstärkte russische Militärpräsenz in Syrien lege nahe, dass Moskau Assad »retten« wolle: »Da haben Sie recht. Und es ist meine tiefe Überzeugung, dass jede gegenläufige Handlung – zur Zerstörung einer legitimen Regierung – eine Lage schaffen wird, die man jetzt in

anderen Ländern der Region oder in anderen Regionen wie etwa Libyen sehen kann, wo alle staatlichen Einrichtungen zerfallen sind.« Auch im Irak sei »eine ähnliche Situation« zu beobachten. Putin betonte demnach laut der von *AFP* verbreiteten Auszüge, es gebe »keine andere Lösung der syrischen Krise als eine Stärkung der tatsächlichen Regierungsstrukturen und Hilfe für sie, um den Terrorismus zu bekämpfen«. Zugleich müsse Damaskus dazu bewogen werden, »sich an einem positiven Dialog mit der vernünftigen Opposition zu beteiligen und Reformen durchzuführen«.

<http://www.jungewelt.de/2015/09-26/053.php>